

Kleinwaffen-Newsletter

Informationen von DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. – Ausgabe 02/06

1. UN-Vorbereitungsausschuss: IANSA unzufrieden

Vom 9.-20. Januar 2006 befasste sich bei den Vereinten Nationen in New York ein Vorbereitungsausschuss mit der Planung der Überprüfungskonferenz zum UN-Kleinwaffenaktionsprogramm (Programme of Action) im Juni 2006. IANSA hatte im Vorfeld zehn Positionspapiere erarbeitet, die Nichtregierungsorganisationen (NRO) die Lobbyarbeit erleichtern sollten. In einer Presseerklärung zeigt sich das Netzwerk nun enttäuscht vom Ausgang des Treffens.

Eine kleine Gruppe von Staaten, darunter die USA, Iran, Israel und Ägypten, habe die guten Ansätze mit ihrem Veto blockiert. Als Folge sei es den Regierungsvertretern nicht gelungen, sich auf die Aufnahme bislang fehlender wichtiger Maßnahmen zur Kontrolle des Kleinwaffenhandels in das UN-Aktionsprogramm zu einigen. Damit sei in Frage gestellt, ob zentrale Themen wie Prinzipien für die Genehmigung von Waffentransfers, der zivile Besitz von Waffen oder die Weitergabe von Rüstungsgütern an nicht-staatliche Akteure in den nächsten Jahren überhaupt auf die Agenda der Vereinten Nationen gelangen werden.

Zum Start des Vorbereitungsausschusses waren unter dem Reihentitel „The call for arms control“ drei jüngst erstellte Länderberichte zur Kleinwaffenproblematik bei den Vereinten Nationen vorgestellt worden. Veröffentlicht wurden die Studien, in denen die Auswirkungen des

weltweiten Waffenhandels auf die Zivilbevölkerung anhand der aktuellen Situation in der Demokratischen Republik Kongo, Sierra Leone und Haiti gezeigt werden, von der internationalen Kampagne „Waffen unter Kontrolle“ („Control Arms“).

Die Träger der Kampagne, amnesty international, Oxfam International und IANSA, forderten bei dieser Gelegenheit, noch in diesem Jahr auf UN-Ebene mit Verhandlungen zu einem rechtlich verbindlichen Übereinkommen zur Kontrolle internationaler Rüstungstransfers („Arms Trade Treaty“) zu beginnen. Welche Folgen der unkontrollierte Waffenhandel habe, würde durch die Interviewaussagen von Kleinwaffenopfern deutlich, die in den Länderberichten enthalten seien.

Die drei Studien und weitere Infos finden sich unter:

http://www.oxfam.de/a_631_aktuell.asp?id=52

Ausführliche Infos zum Vorbereitungsausschuss finden sich auf der Internetseite von IANSA und auf der offiziellen Seite der Überprüfungskonferenz 2006:

<http://www.un.org/events/smallarms2006/>

Die IANSA Presseerklärung zum Vorbereitungsausschuss:

<http://www.iansa.org/un/review2006/prepcom.htm>

2. DAKS-Forderungen für 2006

Bei einem Treffen des DAKS-Koordinationskreises am 25. Januar in Frankfurt a.M. berichtete Robert Lindner (Oxfam Deutschland) von den Verhandlungen des UN-Vorbereitungsausschusses

zum UN-Kleinwaffenaktionsprogramm. Das Ergebnis müsse als Scheitern bezeichnet werden. Jedoch erwachse daraus auch eine gewisse Chance – alles sei noch offen und nun könnten NRO in

den Monaten bis zur Überprüfungskonferenz noch massiv Einfluss auf die beteiligten Regierungen nehmen.

Lindner plädierte in diesem Zusammenhang dafür, verstärkt für die Aufnahme von völkerrechtlich verbindlichen Prinzipien für staatliche Transferkontrollen und für die stärkere Einbeziehung von NRO in den UN-Kleinwaffenprozess hinzuwirken. Obwohl bei der ersten Konferenz zum UN-Aktionsprogramm 2001 beschlossen worden sei, der Zivilgesellschaft eine tragende Rolle in diesem Prozess zu geben, seien NRO von den Regierungsverhandlungen weitgehend ausgeschlossen. Der UN-Kleinwaffenprozess werde aber in jedem Fall auch nach dem Sommer 2006 fortgesetzt. Weitere Berichtskonferenzen könnten z.B. 2008 und 2010 stattfinden, eine neue Überprüfungskonferenz etwa 2012. Daher lohne es sich für NRO auch weiterhin, gemeinsam für schärfere internationalen Kontrollen des Kleinwaffenhandels zu kämpfen.

3. Kommentar zum Rüstungsexportbericht 2004

von André Maertens

Auf seiner Internetseite präsentiert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den am 25. Januar 2006 erschienenen Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das Jahr 2004

Der Bericht wurde vom Kabinett beschlossen und wird voraussichtlich im März im Bundestag debattiert. In einer Presseerklärung heißt es, dass der Gesamtwert der im Berichtsjahr 2004 tatsächlich exportierten Kriegswaffen gegenüber 2003 um 15 Prozent auf 1,1 Mrd. Euro zurückgegangen sei. Die Zahlen lassen allerdings erkennen, dass etwa 28 Prozent der erteilten Genehmigungen auf Exporte in Länder entfallen, die nicht zur EU, zur NATO oder zur Gruppe der NATO-gleichgestellten Staaten gehören.

Zum Kleinwaffenbereich merkt die Bundesregierung an, dass sie auf der Ebene der OSZE bzw. der Vereinten Nationen (VN) konkrete Resultate mit möglichst verbindlichen Handlungsverpflichtungen für die beteiligten Staaten anstrebe. Im Rahmen der VN sei Deutschland vor allem darum bemüht, ein internationales Instrument zum Markieren und Nachverfolgen von Kleinwaffen zu unterstützen. Dieses Instrument solle ausdrücklich auch die – in den Kleinwaffen-Debatten zu lange vernachlässigte – Munition mit einschließen.

DAKS hat bei diesem Treffen mit dem deutschen Zweig von amnesty international und Oxfam Deutschland vereinbart, gemeinsame Diskussionen und Aktionsschritte zu planen. Beispielsweise sollen die Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete zum UN-Kleinwaffenprozess und zum neu erschienenen Rüstungsexportbericht der Bundesregierung angesprochen werden. Zentrale Forderungen sind unter anderem, diese Berichte wesentlich früher zu veröffentlichen, ihre Transparenz und Informationstiefe zu erhöhen und dem Bundestag ein Mitspracherecht bei der Genehmigung von Rüstungsexporten zu geben.

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) plant für das Jahr 2006 Aktionen zur Kleinwaffenproblematik, darunter eine Postkartenaktion zur Streumunition-Herstellung bei DaimlerChrysler-EADS, Lehr- und Unterrichtsmaterial zum Thema Kleinwaffen und öffentliche Veranstaltungen zu Opfern von Kleinwaffen.

Einen weiteren Beitrag zur Verringerung der Kleinwaffenproblematik sieht die Bundesregierung darin, den Grundsatz „neu für alt“ bei Lieferungen in Drittländer anzuwenden, „wo immer dies möglich ist“. Dieses Prinzip soll Exportempfänger dazu verpflichten, die durch die Neulieferungen entstehenden so genannten Überschusswaffen zu vernichten. Einige Male sei dieser Grundsatz bereits umgesetzt worden, heißt es in dem Bericht, ohne dass dort die betreffenden Staaten oder die liefernden Firmen bzw. die Zahl der zerstörten Waffen genannt werden. (Eine effektive Kontrolle durch die Öffentlichkeit wird so verhindert.)

Ungeklärt bleibt auch, nach welchen Kriterien die Exporte genehmigt werden. Die „Politischen Grundsätze“, die von der Regierung als „besonders streng“ angesehen werden, erlauben Ausfuhrgenehmigungen nur in Ausnahmefällen. Ob die geplanten Lizenzvergaben für das Heckler & Koch-Gewehr G36 an Staaten wie z.B. Mexiko solche Sonderfälle sind, werden wir erst im nächsten Rüstungsexportbericht erfahren, nachdem der Transfer vollzogen worden ist und die Waffen möglicherweise in den Krisenregionen des Landes bereits zum Einsatz gekommen sind. Die Vergabe solcher Nachbaurechte würde auch der im Rüstungsexportbericht noch einmal be-

kräftigten Absicht widersprechen, dass „grundsätzlich keine Genehmigungen im Zusammenhang mit der Eröffnung neuer Herstellungslinien für Kleinwaffen und Munition in Drittländern erteilt“ werden sollten.

Die Erklärung, keinesfalls die Belieferung privater Empfänger zu gestatten, sondern nur Exporte an staatliche Behörden zu erlauben, wird durch das fortgesetzte Ausbleiben einer Endverbleibskontrolle unterlaufen. Wenn eine Überprüfung des Einsatzes der jeweiligen Waffen und die Verhinderung des Re-Exports sichergestellt

werden könnte, wäre diese Regierungsaussage glaubhaft. Ein wirkungsvolles Kontrollregime hat sich aber in der Vergangenheit als unmöglich erwiesen, und die Gefahr, dass die Waffen in Konfliktregionen weiter verkauft werden oder bei Menschenrechtsverbrechen zum Einsatz kommen, bleibt bestehen.

Fazit: Transparenz und Transferkontrollen bleiben weiterhin unerfüllte und unbedingte Forderungen. Der Bericht findet sich unter:

<http://www.bmwi.de/Navigation/wirtschaft,did=106990.html>.

4. Wolfgang Landgräbers Film „Fern vom Krieg“ in Frankfurt gezeigt

Am 31. Januar 2006 fand in der Naxoshalle in Frankfurt a. M. ein Filmgespräch zum Thema Produktion und Export deutscher Kleinwaffen statt. Diskussionspartner waren DAKS-Sprecher Paul Russmann (Ohne Rüstung leben, Stuttgart) und Dr. Peter Schaaf (AK Wehrtechnik der IG Metall). „Kultur² – Das Kino im Theater“ zeigte den Dokumentarfilm „Fern vom Krieg“ von Wolfgang Landgräber aus dem Jahr 1984. Im Kinoprogramm wurde der Film als „Bowling for Columbine auf deutsch“ angekündigt – angesichts der Proteste und Debatten, die er damals auslöste, durchaus eine treffende Beschreibung. Weiter hieß es im Programmtext:

„Seit mehr als 150 Jahren lebt das Schwarzwaldstädtchen Oberndorf am Neckar vom Waffenbau. Die Firma Mauser versorgte Reichswehr und Wehrmacht in beiden Weltkriegen mit Milli-

onen von Sturmgewehren und Maschinengewehren und war auch als Exporteur des ‚Karabiners 98‘ in der ganzen Welt erfolgreich. Das Erbe der Firma übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg die Gewehrkonstrukteure Heckler und Koch, die die gleichnamige Dynastie gründeten und seitdem die gesamte Welt mit Pistolen, Sturm- und Maschinengewehren überschwemmen. Nach einer vorübergehenden Krise behauptet Heckler & Koch seit Jahren wieder seine Vormachtstellung beim Kleinwaffenbau und -export. Wie leben die Oberndorfer damit, dass ihre Erzeugnisse auf nahezu allen Kriegsschauplätzen der Welt im Einsatz sind und Tausende von Soldaten, Milizionären und Zivilisten töten oder verstümmeln?“

Mehr zu „Kultur² – Das Kino im Theater“ gibt es unter: www.bbfilm.net/dokukino

5. „Frustration bei Nichtregierungsorganisationen“

Interview mit Holger Anders (GRIP)

Holger Anders arbeitet beim belgischen Forschungsinstitut GRIP (Groupe de Recherche et d'Information sur la Paix et la Sécurité, <http://www.grip.be>), das regelmäßig über Kleinwaffenkontrolle und relevante Entwicklungen in Europa, im subsaharischen Afrika und auf der internationalen Ebene berichtet. Gegenwärtige Themenschwerpunkte bei GRIP sind Markierung und Nachverfolgbarkeit von Kleinwaffen, Waffenvermittlungskontrollen sowie Kontrollen von Kleinwaffenmunition. Im Interview bewertet er den aktuellen Stand des UN-Prozesses zur Kleinwaffenkontrolle. Die Fragen stellte André Maertens:

1. Nach dem UN-Vorbereitungsausschuss: Wie schätzen Sie die Ergebnisse ein?

Das hauptsächliche Ergebnis des Treffens bei den Vereinten Nationen (VN) in New York im Januar 2006 war wohl die weiterhin wachsende Frustration von vielen Regierungen sowie Nichtregierungsorganisationen über die Rolle einiger weniger Staaten, die Fortschritte in der internationalen Kleinwaffenkontrolle effektiv blockieren. Zu erwähnen sind hier Staaten wie die USA, Syrien, Ägypten, Pakistan, Israel, China, Iran, und Indien, die schon seit längerem sehr deutlich machen, dass sie nicht daran interessiert sind, die bereits verabschiedeten Kontrollen in den VN weiterzuentwickeln.

Der Widerstand einiger dieser Staaten zielt zum Beispiel gegen Kontrollen des privaten

Waffenbesitzes und von Transfers zu nicht-staatlichen Akteuren ohne eine Erlaubnis der Behörden des importierenden Staates. Auch die internationalen Standards, welche die Kriterien näher definieren, denen Kleinwaffentransfers unterliegen sollten, bleiben weiterhin ein heftig umstrittenes Thema.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die blockierenden Staaten zu einer anderen Haltung zu bewegen?

Sehr wenige. Staaten, inklusive Mitglieder der Europäischen Union, sind aktiv darum bemüht, blockierende Staaten stärker in Diskussionen einzubinden und für bestimmte Kontrollen in diesen Staaten zu werben. Allerdings haben blockierende Regierungen wiederholt klargestellt, dass sie ihre nationalen Interessen nicht denen der internationalen Gemeinschaft unterordnen werden. Man sollte also daher in nächster Zeit keine großen Sprünge in den VN erwarten.

3. Wie könnte der internationale Kleinwaffenprozess nach dem Sommer 2006 weitergehen?

Ein Vorschlag, der im Idealfall in diesem Sommer angenommen würde, ist, dass VN-Mitgliedsstaaten sich bereit erklären, das Aktionsprogramm von 2001 durch Anhänge mit freiwilligen "Best Practices" zu bestimmten Kontrollen zu komplementieren. Diese Anhänge, welche zum Beispiel im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie in Ostafrika (siehe Nairobi-Protokoll) existieren, sollten ausführen, wie Staaten die Minimalstandards im VN-Aktionsprogramm in nationale Kontrollen umsetzen sollten.

Unabhängig von den Ergebnissen des Sommers bleibt festzuhalten, dass die VN – wahrscheinlich im September – eine Gruppe von Regierungsexperten zu Waffenvermittlungskontrollen einberufen werden, um weitere Schritte in der internationalen Kooperation bezüglich der Bekämpfung illegaler Vermittlungsgeschäfte zu erörtern. Die Forderung vieler Regierungen, dass diese Gruppe die Möglichkeiten

eines internationalen Abkommens zu Waffenvermittlungskontrollen erörtert, ist leider am Widerstand einiger weniger Staaten gescheitert. Dennoch bleibt zu hoffen, dass die Regierungsexperten einen wichtigen Beitrag dazu leisten werden, endlich dem Ziel eines solchen Abkommens – wie zum Beispiel von EU-Staaten schon seit mehreren Jahren gefordert – ein gutes Stück näher zu kommen.

4. Was könnte von den Regierungen sonst noch getan werden, um die Kontrolle des Kleinwaffenhandels zu verstärken?

Nachdem in den VN in nächster Zeit nur wenig konkrete Fortschritte zu erwarten sind, sollte sich die internationale Gemeinschaft verstärkt darum bemühen, die Entwicklung adäquater Kontrollen durch regionale Organisationen sowie durch bilaterale Beziehungen zu unterstützen. So bleibt es das Endziel der Kleinwaffenkontrolle, dass Staaten die relevanten Kontrollmechanismen zu Kleinwaffen in nationales Recht umsetzen, mit oder ohne ein verstärktes Aktionsprogramm der VN.

Im Besonderen sollten sich Geberländer weiterhin aktiv darum bemühen, Entwicklungsländer – wo erfragt – mit technischer und anderweitiger Hilfe in der Umsetzung des VN-Aktionsprogramms zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sollte auch technische Unterstützung für die Umsetzung des VN-Instrumentes zur Nachverfolgbarkeit illegaler Kleinwaffen berücksichtigt werden, welches letzten Dezember offiziell von den VN angenommen wurde.

EU-Mitgliedsstaaten haben natürlich auch weiterhin eine Verantwortung sicherzustellen, dass Exporte von Kleinwaffen und militärischen Gütern nicht in Konflikt stehen mit internationalen, regionalen und nationalen Bestimmungen. Die Staaten der EU sollten daher endlich den EU-Verhaltenskodex für Waffenexportkontrollen als rechtlich verbindliche EU-Gemeinschaftsposition annehmen und die weiterhin bestehenden Schwächen in regionalen und nationalen Kontrollen beheben.

6. Spielfilm zu Kleinwaffen: „Lord of War“ im ai Journal

Im Februar-Heft des ai Journal berichtet Dawid Danilo Bartelt, Pressesprecher der deutschen ai-Sektion, über den Film „Lord of War“ (USA

2005, Regie: Andrew Niccol). Dass Hollywood-Filme sich des Themas Menschenrechte annehmen, sei selten, schreibt Bartelt. Hier werde

ohne Pathos und Moral eine Geschichte über den weltweiten Waffenhandel erzählt.

In dem Spielfilm ist Nicolas Cage in der Rolle des Waffenhändlers Juri Orlow zu sehen, der mit dem Verkauf von Schusswaffen sein Geld verdient. Als Sohn ukrainischer Immigranten wächst er in New York auf und beginnt dort eine steile Karriere als internationaler Waffenschieber. Die afrikanischen Konflikte bringen ihm gute Geschäfte, die Kalaschnikow ist sein Verkaufsschlager. Neben Begegnungen mit dem Diktator Liberias muss Orlow sich auch mit dem Zollfahnder Jack Valentine (gespielt von Ethan

Hawke) auseinandersetzen. Schließlich endet der Film mit einer zu erwartenden und doch zugleich überraschenden Wendung, so Bartelt.

Den Bericht „Die Kugel im Kopf“ gibt es im aktuellen ai Journal oder im Internet:

<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/AlleDok/B36CCBE10634D603C125710A00412941?Open>

Ab dem 16. Februar 2006 ist „Lord of War“ auch in deutschen Kinos zu sehen. Die US-Sektion von ai hat zum Film eine website erstellt und einen Flyer produziert, beide sind zu finden unter: www.amnestyusa.org/lordofwar

7. Kindersoldaten-Newsletter erschienen

Andreas Rister (terre des hommes Deutschland e.V.) gibt bekannt, dass der neue Newsletter der Internationalen Kindersoldaten-Koalition im Internet zugänglich ist. Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe seien die sogenannten „Non State actors“, also nichtstaatliche bewaffnete Gruppen. Sie rekrutierten etwa 70 Prozent der Kindersoldaten weltweit. Die deutsche Übersetzung des vierteljährlich erscheinenden Rund-

briefs wird von terre des hommes erstellt und mit Informationen der Deutschen Koordination Kindersoldaten ergänzt. Interessierte können sich per E-Mail über das Erscheinen neuer Ausgaben benachrichtigen lassen.

Der Newsletter findet sich im Internet unter: <http://www.tdh.de/content/interaktiv/ks-newsletter.htm>

8. Weitere Links

- ▶ Auf seiner Internetseite weist DAKS-Sprecher Jürgen Grässlin auf weitere Lesungen mit seinem Buch „Das Daimler-Desaster. Vom Vorzeigekonzern zum Sanierungsfall“ hin: <http://www.juergengraesslin.com/index.php?seite=aktuelles.htm>
- ▶ Eine neue Studie der „Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO)“, die auch von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit unterstützt wurde, befasst sich mit der Problematik der Jugendgewalt in El Salvador: <http://www.gtz.de/de/themen/uebergreifende-themen/krisenpraevention/13863.htm>
- ▶ IANSA berichtet, dass sich der Sonderberater der Vereinten Nationen zu Intern Vertriebenen, Dennis McNamara, angesichts der enormen Zahl innerstaatlicher Flüchtlinge für einen Stopp aller Rüstungslieferungen an afrikanische Staaten ausgesprochen hat: <http://www.iansa.org/>

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261
79019 Freiburg

WORLD VISION Deutschland e.V.
Am Houiller Platz 4
61381 Friedrichsdorf
Web: www.worldvision.de

Tel. 0761-7678088

E-Mail: ribfr@breisnet-online.de

Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Velbert
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ...sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: André Maertens.